

## Niederschrift

### der Sitzung des Ausschusses für öffentliche Ordnung, Sicherheit, Ortsteile und Ehrenamt am 18.11.2024

---

**Sitzungsort:** Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal,  
Fischmarkt 1, 99084 Erfurt

**Beginn:** 17:00 Uhr

**Ende:** 19:00 Uhr

**Anwesende Mitglieder des Ausschusses:** Siehe Anwesenheitsliste

**Abwesende Mitglieder des Ausschusses:** Siehe Anwesenheitsliste

**Sitzungsleiterin:** Frau Stange  
**Schriftführer/in:** [REDACTED]

#### Tagesordnung:

- | I.   | Öffentlicher Teil  | Drucksachen-<br>Nummer |
|------|--|------------------------|
| 1.   | Eröffnung und Begrüßung  |                        |
| 2.   | Änderungen zur Tagesordnung  |                        |
| 3.   | Dringliche Angelegenheiten   |                        |
| 3.1. | Anpassung Gebührenerhebung Feuerwehr Erfurt<br>BE: Vertreter der Fraktion SPD & PIRATEN<br>hinzugezogen: Komm. Leiterin des Dezernates für Sicherheit, Um-<br>welt und Sport   | <b>2219/24</b>         |
| 4.   | Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik von 2023 mit Bezug<br>zu den aktuellen Tendenzen<br>BE: Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt<br>hinzugezogen: Mitglieder des Kriminalpräventiven Rates der Lan-<br>deshauptstadt Erfurt |                        |

5. Diskussion zur Polizeilichen Kriminalstatistik von 2023 mit Bezug zu den aktuellen Tendenzen  
BE: Mitglieder des Ausschusses  
hinzugezogen: Mitglieder des Kriminalpräventiven Rates der Landeshauptstadt Erfurt  
Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt  
Leiterin der Geschäftsstelle KPR
  
6. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates
  
- 6.1. Ersatzfreiheitsstrafen vermeiden: Keine Strafanzeigen wegen Leistungerschleichung bei der EVAG und der Erfurter Bahn **1470/24**  
BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung
  
- 6.1.1. Antrag der Fraktionen SPD & PIRATEN und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 1470/24 - Ersatzfreiheitsstrafen vermeiden: Keine Strafanzeigen wegen Leistungerschleichung bei der EVAG und der Erfurter Bahn **1961/24**
  
- 6.2. Einsatz der Gemeindearbeiter in den Ortsteilen **1960/24**  
BE: Vertreter der Fraktion CDU  
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr
  
7. Festlegungen des Ausschusses
  
- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSOE vom 21.10.24 zum TOP 6.10 - Ausschreibung Erfurter Nachteulen, hier: Aktueller Sachstand **2014/24**  
BE: Komm. Leiterin des Dezernates für Sicherheit, Umwelt und Sport  
hinzugezogen: Vertreter des Büros FEUER & FLAMME Erlebnispädagogik
  
- 7.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSOE zum TOP 6.1 - Müll-eimer für saubere Haltestellen, hier: Nachfragen **2015/24**  
BE: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung
  
8. Informationen
  
- 8.1. Mündliche Informationen
  
- 8.2. Sonstige Informationen



Herr Schade, Fraktion SPD & PIRATEN, bedankte sich für die Stellungnahme.

Der komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung und erklärte, dass künftig sichergestellt werden soll, dass jedwede Erhöhung der Einnahmen automatisch auch die Entschädigungshöhe beeinflussen. Um die Satzung über den Kostenersatz und die Gebührenerhebung für Hilfe und Dienstleistungen der Feuerwehr Erfurt (FwGebSEF) auf eine landeseinheitliche Bemessung/Berechnungsgrundlage abzustellen, bedarf es einer Zuarbeit landesweiter Zahlen. Diese lägen bislang nicht vor. Daher soll der derzeitige Fixbetrag durch einen erhöhten Fixbetrag in der Aufwandsentschädigungssatzung ersetzt werden.

Herr Schade bat darum, die Drucksache in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung abstimmen zu lassen.

Die Ausschussvorsitzende Frau Stange erkundigte sich nach der Höhe der Einnahmen und Ausgaben.

Der komm. Leiter des Amtes für Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz äußerte, dass die Einnahmen derzeit bei zirka 20,50 EUR lägen, bei den Ausgaben würde es eine Steigerung von 10 EUR auf 12,50 EUR geben.

Herr Prechtel, Fraktion Mehrwertstadt Erfurt, schlug vor, den Titel der Drucksache anzupassen, da diese sehr irreführend sei. „Anpassung der Aufwandsentschädigung der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren in Erfurt“ sei angebracht.

Da keine weiteren Fragen oder Anmerkungen vorlagen, stellte die Ausschussvorsitzende die Drucksache in Fassung der Stellungnahme der Verwaltung plus Anpassung des Titels in „Anpassung der Aufwandsentschädigung der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren in Erfurt“ zur Abstimmung:

**bestätigt mit Änderungen Ja 11 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**4. Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik von 2023  
mit Bezug zu den aktuellen Tendenzen  
BE: Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt  
hinzugezogen: Mitglieder des Kriminalpräventiven Rates  
der Landeshauptstadt Erfurt**

Die Ausschussvorsitzende Frau Stange begrüßte noch einmal die Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt und bat um das Rederecht. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Die Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt merkte an, dass zur Landespolizeiinspektion Erfurt auch der Landkreis Sömmerda gehöre. Bei der Darstellung der Fallzahlen sei allerdings der Anteil des Landkreises Sömmerda nicht enthalten. Sie ging darauf ein, dass die Fallzahlen für die gesamte Landespolizeiinspektion Erfurt um 15,3 % gestiegen seien, wo-

bei die Aufklärungsquote mit 60,2 % über der des Bundesdurchschnittes läge. Die Einstellungen im polizeilichen Dienst seien gestiegen. Sie gehe davon aus, dass dies auch so weiter gehe, da der Polizeiberuf sehr vielfältig und attraktiv sei. Sie erläuterte weiter, dass es sich bei der aufgeführten Statistik um eine Ausgangsstatistik handele, also nur Fälle enthalten sind, die auch bearbeitet wurden.

Für die Stadt Erfurt liegt die Aufklärungsquote bei 63,5 %. Regional gesehen, läge Erfurt damit sehr gut. Anschließend ging sie auf das Alter der Tatverdächtigen ein. Über die Hälfte der Delikte seien im Bereich der Vermögens- und Fälschungsdelikte sowie des Diebstahls mit und ohne erschwerende Umstände einzuordnen. Ca. 36 % der Diebstahlsdelikte seien beim Versuch abgebrochen worden. Auch im Bereich der Rohheitsdelikte und des Eingriffs in die persönliche Freiheit, seien steigende Tendenzen zu erkennen. Dies sei u. a. auch dem zunehmend negativen Umgang miteinander geschuldet, auch sei die Hemmschwelle für Straftaten gesunken. Signifikante Zunahmen der Straftaten gab es im Bereich der exhibitionistischen Handlungen, die von 14 auf 52 Fälle stiegen. Es handelte sich um männliche Täter, welche verstärkt im Süden der Stadt unterwegs waren. Auch die Zahl der Bedrohungen habe sich fast verdoppelt. Des Weiteren sei auch die Zahl der Ladendiebstähle trotz der erhöhten Sicherheitsmaßnahmen, gerade im Bereich des Angers (neuer Rewe), stark gestiegen. Die Zahl der Androhungen von Strafen, z. B. Bombendrohungen, sei im Jahr 2023 auf 30 Fälle gestiegen. Leider sei für das Jahr 2024 mit einer Steigerung auf 60 – 80 Fälle zu rechnen. Dies sei der Serie von Bombendrohungen gegen Schulen zuzuschreiben.

Bei den Sexualdelikten sei eine extreme Steigerung im Bereich der Verbreitung pornografischer Inhalte zu verzeichnen. Die Leiterin der Landespolizeiinspektion wies darauf hin, dass wichtig sei, dass gerade die Eltern bzw. die Schulen die Kinder für solche Sachverhalte sensibilisieren. Jeder sollte abwägen, welche Fotos von sich in den sozialen Netzwerken verbreitet werden. Auch bei den Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit sei eine Steigerung zu erkennen, diese werden für 2024 noch weiter ansteigen. Bei den Diebstahlsdelikten sei anzumerken, dass die Einbrüche im Bereich der Einfamilienhäuser sinken, dafür aber im Bereich von Büros, Arztpraxen, Schulen usw. steigen. Zu den Vermögens –und Fälschungsdelikten merkte sie an, dass diese nicht ausschließlich in Erfurt bzw. Deutschland vorgefallen seien. Positiv lobte sie das Verhalten z. B. von Bankangestellten oder Taxifahrern, welche oftmals schnell reagieren würden und somit Delikte verhindern können. Der Kriminalpräventive Rat sei in diesem Bereich der Prävention sehr aktiv. Im Bereich des Telefontrickbetruges sei es zu einem Schaden in Höhe von ca. 4,5 Mio. EUR gekommen.

Bei den Sachbeschädigungen durch Graffiti seien die Beschädigungen durch verfassungsfeindliche Symbole, z. B. Hakenkreuze, nicht mit erfasst. Leider seien auch die Fallzahlen von Angriffen auf Vollstreckungsbeamte gestiegen. Die Aggressionen der Beteiligten seien deutlich zu spüren und auch eine entsprechende Ansprache an die Beteiligten helfe nicht immer. In Bezug auf die Rauschgiftdelikte erklärte die Leiterin der Landespolizeiinspektion, dass es sich hierbei um Delikte handelt, die zumeist bei Kontrollen aufgedeckt werden. Die Legalisierung von Cannabis hätte die Arbeit für Polizei nicht einfacher gemacht, da es oft einen Mischkonsum gäbe. Hier müsse im Bereich der Prävention angesetzt werden, der „Revolution Train“ werde von den Jugendlichen gut angenommen und sei aus präventiver

Sicht eine unterstützende Maßnahmen. Verfügbar seien in Erfurt jegliche Drogen und auch die Einstiegspreise seien nicht sehr hoch.

Im Bereich der politisch motivierten Straftaten sei die Landespolizeiinspektion Erfurt nicht "führend". Der Bereich der Landespolizeiinspektion Jena sei wesentlich mehr davon betroffen. Dennoch ist auch in Erfurt ein Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen. Die rechtsmotivierten Fälle seien deutlich höher, als die linksmotivierten.

Des Weiteren erwähnte die Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt, dass auch im Bereich der Verkehrsunfälle mit und ohne Personenschaden ein Anstieg zu verzeichnen sei.

Abschließen erklärte sie zu den aktuellen Punkten, dass es derzeit drei, als gefährlich eingestufte Orte in Erfurt gäbe; der Begriff „kriminogen“ werde nicht mehr verwendet. Diese seien die Magdeburger Allee, der Anger sowie der Bahnhofsvorplatz. Das Büro des Kontaktbereichsbeamten auf dem Anger würde sehr positiv angenommen. Auch würde der Anger im Zeitraum Donnerstag bis Samstag in den Abendstunden stärker bestreift. Dies führte dazu, dass die "Trinker" vom Anger auf den Bahnhofsvorplatz gezogen seien.

Die Videoüberwachung auf dem Anger hätte den Arbeitstitel Projekt "SAVE". Derzeit befände man sich in der Auswahl der Kamerastandorte. Sie gehe davon aus, dass die Kameras die Straftaten nicht spürbar reduzieren werden, allerdings könnten sie die Aufklärung vereinfachen. Der in diesem Jahr durchgeführte Katholikentag bedurfte einer polizeilichen Vorbereitung von einem Jahr. Auch die diesjährigen Wahlen verliefen ruhiger als befürchtet. Nichts destotrotz sehe sich die Landespolizeiinspektion großen Herausforderungen gegenüber, da die Straftaten mehr steigen, als für die Bekämpfung notwendiges Personal eingestellt werden kann.<sup>1</sup>

## **zur Kenntnis genommen**

5. **Diskussion zur Polizeilichen Kriminalstatistik von 2023 mit Bezug zu den aktuellen Tendenzen**  
**BE: Mitglieder des Ausschusses**  
**hinzugezogen: Mitglieder des Kriminalpräventiven Rates der Landeshauptstadt Erfurt**  
**Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt**  
**Leiterin der Geschäftsstelle KPR**

Frau Stange, Ausschussvorsitzende, bedankte sich im Namen der Ausschussmitglieder für die Informationen und eröffnete die Diskussion.

Folgende Fragen bzw. Anmerkungen wurden durch die Ausschussmitglieder gestellt.

---

<sup>1</sup> redaktionelle Anmerkung: Die Präsentation liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

- Frau Stange hatte folgende Nachfragen: Seit wann wird die Polizeiliche Kriminalstatistik schon im Ausschuss vorgestellt und wo steht Erfurt im Vergleich zu ähnlichen Städten mit vergleichbarer Einwohneranzahl?
- Herr Grote, sachkundiger Bürger, bedankte sich für die Ausführungen und hatte folgende Nachfragen: Sind die Gegenmaßnahmen im Bereich der Jugendkriminalität ausreichend oder müssen diese ausgebaut werden? Wo sieht die Landespolizeiinspektion Erfurt Handlungsbedarf? Herr Grote erkundigte sich nach den Hauptgründen, die zu dem Anstieg der Straftaten führten. Des Weiteren wünsche er sich mehr rechtliche Beratung für Jugendliche. Er erkundigte sich, ob bei der Anzahl der Straftaten von Beförderungserschleichung auch Wiederholungstaten berücksichtigt wurden und ob es bei allen Fällen zu einer sofortigen Strafanzeige komme.
- Herr Goldstein, Fraktion CDU, erkundigte sich, ob die Präsentation öffentlich sei und hinterfragte einige Zahlen zum Thema Betäubungsmittel in Bezug auf die Aufklärungsquote und die Weitergabe an die Staatsanwaltschaft. Des Weiteren erkundigte er sich, ob die Legalisierung von Cannabis zu einer Erleichterung der Polizeiarbeit geführt hätte. Eine weitere Nachfrage von Herrn Goldstein bezog sich auf den „Revolution Train“ und die weiteren Möglichkeiten der Präventionsarbeit. Er erkundigte sich nach den ideologischen Straftaten und fragte, ob hier auch die Pro-Palästina Demonstrationen bzw. Straftaten aus dem Jahr 2024 hineinfallen würden.
- Frau Landherr, Fraktion Die Linke, äußerte, dass gegen den Anstieg der Fallzahlen etwas unternommen werden müsse. Es werde zwar schon viel getan, wie z. B. mit der "MUT"-Kampagne, aber die Zahlen würden weiter steigen. Des Weiteren erkundigte sie sich, ob in der nächsten Auswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik eine Auswertung der Anger-Videoüberwachung vorgestellt werde. Es sei wünschenswert zu erfahren, ob durch die Videoüberwachung Effekte erkennbar seien.
- Frau Tausend, sachkundige Bürgerin, erkundigte sich nach den Tendenzen bei den Online-Anzeigen, welche nun auch möglich seien.
- Herr Möller, Fraktion AfD, erkundigte sich, an welcher Art von Droge die sechs Drogentoten verstorben seien. Des Weiteren erkundigte er sich nach der Verbreitung von Kokain, Opioide oder Fentanyl in der Landeshauptstadt Erfurt.
- Herr Prechtel, Fraktion Mehrwertstadt, erkundigte sich nach den Schwerpunkten bei den Verkehrstoten.
- Herr Schade, Fraktion SPD & PIRATEN, erkundigte sich nach Gefährdungslage auf Stadtfesten.

Die vorgebrachten Nachfragen bzw. Anmerkungen wurden durch die Leiterin der Landespolizeiinspektion, die Bürgermeisterin und die Beigeordnete für Soziales, Bildung, Jugend und Gesundheit sowie der zuständigen Mitarbeiterin des Kriminalpräventiven Rates beantwortet bzw. bewertet.

Die Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt antwortete, dass im bundesweiten Vergleich Erfurt ein „beschauliches Städtchen“ sei, in dem man gut und sicher leben könne. Die polizeiliche Kriminalstatistik werde seit 2018 im zuständigen Ausschuss des Stadtrates vorgestellt. Die Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt erklärte, dass in Bezug auf die Jugend nie genug Maßnahmen angesetzt werden könnten. Die Bundesländer hätten schon viele Projekte in dieser Richtung initiiert und es werde auch in Thüringen bzw. in Erfurt schon viel unternommen. Es werde auch Prävention in den Schulen betrieben. Seit ca. einem Jahr gehe die Polizei in Integrationskurse und stelle sich vor. In Bezug auf die Nachfragen von Herrn Goldstein erklärte sie, dass die Polizei in einem regen Austausch mit der Staatsanwaltschaft stehe. Des Weiteren habe die Legalisierung von Cannabis nicht zu einer Erleichterung der Polizeiarbeit geführt. Bezüglich der Präventionsarbeit stehe die Polizeiinspektion in einem intensiven Austausch mit dem Kriminalpräventiven Rat. Auch seien Lehrer, Eltern und soziale Ansprechpartner involviert. Ihrer Meinung nach, kann man nie genug Prävention betreiben. Die Bürgermeisterin und Beigeordnete für Soziales, Bildung und Gesundheit Frau Hofmann-Domke ergänzte, dass das Thema Prävention auch im Ausschuss für Soziales, Arbeit und Gleichstellung diskutiert wurde. Des Weiteren gebe es auch einen entsprechenden Arbeitskreis zu diesem Thema. Auch das Thema Gesundheitsvorsorge sollte in diesem Zusammenhang betrachtet werden. Das Thema Prävention müsse ganzheitlich betrachtet werden und alle betroffenen Stellen sollten gemeinsam daran arbeiten. Die Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt wies darauf hin, dass während der Corona-Pandemie das Nachtleben oder der Discobesuch stark reduziert waren, daher kam es nun im Anschluss daran zu einem Anstieg der Fallzahlen. Auch im Jahr 2024 werden die Fallzahlen weiter ansteigen. Sie verwies auf die Jugendstationen in Gera und Jena und erklärte, dass Erfurt bereits am Aufbau einer Jugendstation arbeite. Allerdings soll erst das Projekt Videoüberwachung auf dem Anger abgeschlossen werden. Bezüglich der Videoüberwachung wird es nach einem Jahr eine Evaluierung geben, die nach datenschutzrechtlichen Kriterien dargestellt werde. Auch werde die Evaluierung Informationen enthalten, warum an welcher Stelle des Angers eine Kamera angebracht wurde. Im Zuge der Prävention werden in den Erfurter Einkaufszentren, wie der Thüringenpark oder im Thüringen Center, Präventionstage von der Polizei durchgeführt. Diese sollen insbesondere vor Diebstählen sensibilisieren. Die Leiterin der Landespolizeiinspektion erklärte, dass gerade Delikte, wie Sachbeschädigungen, einfache Diebstähle oder auch Computerdelikte, über eine Online-Anzeige eingehen würden. Sie äußerte, dass der Tod bei den Drogenopfern nachweislich durch den Drogenkonsum verursacht wurde. Welche Art von Drogen dabei eine Rolle spielte, könne sie nicht sagen, würde aber versuchen dies in Erfahrung zu bringen<sup>2</sup>. Des Weiteren seien die Drogentoten im häuslichen Bereich verstorben und nicht auf der Straße. Sie erklärte, dass der Schwerpunkt bei den Verkehrstoten bei Fußgängern und Radfahrern läge und meist der eigenen Unachtsamkeit geschuldet seien. Es gäbe aber nur wenige Schulwegunfälle. Pro-Palästinademonstrationen/-versammlungen habe es nur sehr wenige in Erfurt gegeben und auch diese hätten nur eine geringe Anzahl von Strafanzeigen zur Folge gehabt. Bei der Vorbereitung von Stadtfesten in der Landeshauptstadt Erfurt sei die Polizei

---

<sup>2</sup> Red. Anmerkung: Mit Nachricht vom 03.12.2024 wurden die Fraktionen hierzu wie folgt informiert:

„... bezüglich der Nachfrage zur Todesursache der in der PKS angegebenen 6 Drogenopfer möchte ich Ihnen mitteilen, dass alle durch verschiedene Organversagen in Verbindung mit illegalen Drogen verstorben sind. Beigetragen haben die Substanzen Methamphetamin, starker Mischkonsum legaler und illegaler Substanzen, Fentanyl und Missbrauch verschreibungsfähiger Betäubungsmittel.“

mit beteiligt. Die Veranstaltungen werden abgesichert und bestreift. Auch gäbe es vermehrt Fälle von Handtaschendiebstählen, aber diese würde bei Veranstaltungen nicht exorbitant steigen. Beim diesjährigen Oktoberfest sei es eher zu Rangeleien im Festzelt gekommen. Wird die Polizei bei einem Fall von Beförderungerschleichung hinzugezogen, so ist sie verpflichtet, eine Strafanzeige aufzunehmen. Nachdem sich gegen das Rederecht für die anwesende Vertreterin der Erfurter Verkehrs AG kein Widerspruch erhob fügte diese hinzu, dass die Erfurter Verkehrsbetriebe AG nur bei Betrug oder mehrfachen Versuch der Beförderungerschleichung eine Strafanzeige stellen würde.

**zur Kenntnis genommen**

## **6. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates**

- 6.1. Ersatzfreiheitsstrafen vermeiden: Keine Strafanzeigen wegen Leistungerschleichung bei der EVAG und der Erfurter Bahn 1470/24**  
**BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung**

Die Tagesordnungspunkte 6.1 und 6.1.1. wurden gemeinsam nach dem Tagesordnungspunkt 3.1 beraten.

Gegen das Rederecht der Vertreterin der Erfurter Verkehrsbetriebe AG erhob sich kein Widerspruch.

Frau Tausend, sachkundige Bürgerin, erklärte, dass von Seiten der einreichenden Fraktionen ein Brief an die Erfurter Bahn GmbH sowie die Erfurter Verkehrsbetriebe AG geplant sei, um diesen ein Gesprächsangebot zu unterbreiten.

Herr Goldstein Fraktion CDU erklärte, dass diese Drucksache nicht zustimmungsfähig sei, da sie aus seiner Sicht eine Strafvereitelung darstelle. Er werde dieser Drucksache auf keinen Fall zustimmen!

Herr Prechtel, Fraktion Mehrwertstadt, widersprach den Äußerungen von Herrn Goldstein und äußerte, dass der Stadtrat durchaus berechtigt sei, eine Empfehlung abzugeben.

Herr Schade, Fraktion SPD & PIRATEN, zeigte sich bestürzt darüber, dass diese Drucksache eine Strafvereitelung anstreben solle. Er sei froh, dass aus zwei Drucksachen ein gemeinsamer Antrag erarbeitet werden konnte. Auch er verwies auf den geplanten Brief und fügte hinzu, dass der Beschluss auf die Erarbeitung einer Richtlinie abziele.

Frau Tausend ergänzte, dass der Straftatbestand nicht erlischt und auch zivilrechtlich verfolgt werden könne. Auch sie verwies auf die Erarbeitung einer Richtlinie.

Herr Grote, sachkundiger Bürger, verwies auf die Aussage der Leiterin der Landespolizeiinspektion Erfurt, dass die Polizei bei Kenntnis von einem Straftatbestand eine Anzeige aufnehmen müsse. Er könne sich nicht vorstellen, dass der Erfurter Stadtrat ein Bundesgesetz überstimmen könne.

Herr Prechtl verwies auf eine Bundesratsinitiative des Landes Thüringen. Des Weiteren fügte er hinzu, dass die Polizei dazu verpflichtet sei, bei Kenntnis einer Straftat, diese auch anzuzeigen.

Herr Goldstein verwies auf den Titel der Drucksache und erklärte, dass es sich nicht um den Wirkungskreis des Erfurter Stadtrates handeln würde. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Erfurt sei nicht befugt, Bundesgesetze zu umgehen. Er könne nicht verstehen, was mit dieser Drucksache erreicht werden solle.

Frau Pietsch, Fraktion CDU, bat um die Meinung der Erfurter Verkehrsbetriebe AG.

Die Vertreterin der Erfurter Verkehrsbetriebe AG äußerte, dass es nur bei Betrugsfällen zu einer Anzeige käme. Die derzeitige Praxis, diese Vorfälle zur Anzeige zu bringen, sollte beibehalten werden.

Die Ausschussvorsitzende Frau Stange wies darauf hin, dass es lediglich um die Erarbeitung einer Richtlinie gehe.

Herr Möller, Fraktion AfD, erkundigte sich nach dem erhöhten Beförderungsentgelt.

Die Vertreterin der Erfurter Verkehrsbetriebe AG erklärte, dass bei einer sofortigen Zahlung des erhöhten Beförderungsentgeldes keine Daten von der betreffenden Person aufgenommen werden. Das erhöhte Beförderungsentgelt liegt bei 60 EUR. Sollte dieses nicht sofort gezahlt werden, werden die Personalien aufgenommen und die betreffende Person wird angeschrieben. Sie betonte, dass die Kontrolleure der Erfurter Verkehrsbetriebe AG einen Ermessungsspielraum hätte und diesen auch einsetzen. Die Fahrkartenkontrolleure würden keineswegs nach einer „Kopfprämie“ bezahlt, es würden auch Kontrollen gemeinsam mit der Polizei durchgeführt. Diese sollen zur Sicherheit der Kontrolleure und der Fahrgäste dienen.

Herr Möller ergänzte, dass das erhöhte Beförderungsentgelt von 60 EUR auch ohne eine Strafanzeige beigesteuert werden könne.

Herr Schade wies darauf hin, dass es bei der Richtlinie um den Ermessensspielraum gehe.

Herr Goldstein wies darauf hin, dass der Ermessensspielraum bereits genutzt werde. Die Vertreterin der Erfurter Verkehrsbetriebe AG bestätigte dies und erklärte, dass Widersprüche genau geprüft würden so, dass der Ermessensspielraum auch angewendet werde.

Da keinen weiteren Fragen oder Anmerkungen vorlagen, stellte die Ausschussvorsitzende zuerst die Drucksache 1961/24 zur Abstimmung:

abgelehnt Ja 5 Nein 5 Enthaltung 1 Befangen 0

Für die Drucksache 1470/24 gab der Ausschuss kein Votum ab.

kein Votum

- 6.1.1. Antrag der Fraktionen SPD & PIRATEN und BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN zur Drucksache 1470/24 - Ersatzfreiheitsstra-  
fen vermeiden: Keine Strafanzeigen wegen Leistungser-  
schleichung bei der EVAG und der Erfurter Bahn 1961/24

Siehe Tagesordnungspunkt 6.1.

abgelehnt Ja 5 Nein 5 Enthaltung 1 Befangen 0

- 6.2. Einsatz der Gemeindearbeiter in den Ortsteilen 1960/24  
BE: Vertreter der Fraktion CDU  
hinzugezogen: Beigeordneter für Bau und Verkehr

Siehe Tagesordnungspunkt 2. Änderung der Tagesordnung.

vertagt

## 7. Festlegungen des Ausschusses

- 7.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSOE vom 2014/24  
21.10.24 zum TOP 6.10 - Ausschreibung Erfurter Nachteu-  
len, hier: Aktueller Sachstand  
BE: Komm. Leiterin des Dezernates für Sicherheit, Umwelt  
und Sport  
hinzugezogen: Vertreter des Büros FEUER & FLAMME Er-  
lebnispädagogik

Die Ausschussvorsitzende erkundigte sich nach dem Stand der Ausschreibung und fragte nach, wann diese auf den Weg gebracht werde.

Der Referent des Dezernates für Sicherheit, Umwelt und Sport erklärte, dass dies am 27.11.2024 erfolgen werde.

zur Kenntnis genommen

**7.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung OSOE zum TOP 2015/24  
6.1 - Mülleimer für saubere Haltestellen, hier: Nachfragen  
BE: Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung**

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bedankte sich im Namen von Herrn Maicher für die Beantwortung der Nachfragen.

**zur Kenntnis genommen**

**8. Informationen**

**8.1. Mündliche Informationen**

Mündliche Informationen lagen nicht vor.

**8.2. Sonstige Informationen**

Sonstige Informationen lagen nicht vor.

gez. K. Stange  
Vorsitzender

gez.   
Schriftführer/in